



“Staat und Gesellschaft müssen mit wahrhaft sozialem und demokratischem Geist erfüllt werden“

Wirken und Vermächtnis der Kampfgemeinschaft gegen den Faschismus

Der Krieg ging zu Ende, es kam die Stunde derer, die sich tatsächlich befreit fühlten. Noch vor der militärischen Kapitulation am 8. Mai und unabhängig von Direktiven irgendwelcher Parteigremien im Exil vereinigten sich Bremer Antifaschisten. Vor Ort und sofort versuchten sie, die Trümmer der 12-jährigen Terrorherrschaft zu beseitigen. Obwohl die Kampfgemeinschaft als eigenständige Organisation nur wenige Monate existierte, ihr Denken und Handeln war richtungsweisend. Und an ihre Mahnung, sich allen reaktionären Strömungen gemeinsam entgegenzustellen, sollte auch heute noch wieder erinnert werden.

In den letzten Apriltagen des Jahres 1945 wurde irgendwo in Bremen der Text eines Flugblattes diskutiert und ausformuliert. Wahrscheinlich noch unter den Bedingungen der Illegalität, in einer unverdächtigen Wohnung oder in einer halbzerstörten Halle auf dem Borgward-Gelände. *„Der Krieg ist über unsere Stadt hinweggerollt! Wir sind in die Zone des besetzten Gebietes einbezogen.“* Das waren die ersten Sätze des Flugblattes. Auch wenn zu diesem Zeitpunkt vielleicht da und dort noch gekämpft wurde – die militärische Führung im Bürgerpark-Bunker ergab sich erst am 29. April –, wussten die Verfasser: Der Krieg geht in seine letzte Phase, und das bedeute, wie sie schrieben, den „militärischen und politischen Zusammenbruch des Naziregimes“. Für sie, Bremer Antifaschisten, war das die lang herbeigesehnte Stunde der Befreiung – aber keinesfalls Grund zum Jubeln und Feiern.

Mit ihrem Flugblatt versuchten sie, vor den Gefahren des Übergangs zu warnen. Vor Vandalismus und sinnlosen „Schurkentaten“ unverbesserlicher Nazis, vor Lebensmittelschiebereien, dem Überlebenskampf jeder gegen jeden. Sie forderten die Bevölkerung auf, wachsam und solidarisch zu handeln, antifaschistische Abwehrtrupps zu bilden, lebensnotwendige betriebliche Einrichtungen zu sichern. Sie verlangten Härte gegenüber Plünderern (*„Diesem Gesindel, gleich welcher Nationalität – die Kugel oder der Strang“*), erinnerten aber gleichzeitig an die 40.000 Zwangsarbeiter, die bei Kriegsende in Bremen ausharrten: *„Überwindet Eure Scheu gegenüber den ausländischen Arbeitern! Vergesst nicht, unter welch schimpflichen Bedingungen sie von den Sklaventreibern der Arbeitsämter zum Frondienst nach Deutschland gepresst wurden.“*

Ob der Text nur in kleinem Kreis diskutiert oder auch gedruckt und verteilt wurde, ist nicht bekannt. Sollte ihn jemand tatsächlich in die Hände bekommen haben, dürfte er überrascht, womöglich erschreckt gewesen sein. „Kampfgemeinschaft gegen den Faschismus“, so nannten sich die Verfasser. Wer war das? Wer steckte dahinter?

Der britische Kommandeur der neuen Militärregierung erfuhr es bereits am 29. April 1945, einem Sonntag. Gerade erst hatten er und sein Stab begonnen, sich im eroberten Polizeihaus am Wall

einzurichten, schon standen zwei Männer vorm bewachten Eingang. Den General wollten sie sprechen. Sie seien die Anführer der Bremer Arbeiterbewegung – was ein wenig übertrieben war, aber nicht so ganz falsch. [Adolf Ehlers](#) der eine, ein baumlanger Kerl in seinen Vierzigern, vor 1933 Funktionär der KPD und der Roten Hilfe, nach zweimaligem Parteiausschluss tätig für die 1931 gegründete SAP (Sozialistische Arbeiterpartei). Jetzt arbeitete er wieder auf der AG Weser-Werft, wo er in den 20er-Jahren Betriebsratsvorsitzender gewesen war. Ein nicht nur von seinen Kollegen respektierter Gegner der Nazis. Der andere war Hermann Wolters, 12 Jahre jünger. Als kommunistischer Widerständler war er schon 1933 in Hamburg verhaftet worden, hatte jahrelang im Zuchthaus gesessen. Seit 1939 zurück in Bremen, fand er eine Beschäftigung in den Borgward-Automobilwerken, musste aber in den letzten Kriegsmonaten nochmals untertauchen. Ein Mann, dessen Energie ungebrochen schien und der eher dem Typus des Draufgängers zuneigte. Auf Verhandeln verstanden sich beide. Sie verließen das Polizeihaus mit der Zusage, für ihre „Kampfgemeinschaft“, die KGF, Büroräume requirieren zu können. Umgehend entschieden sie sich für ein geräumiges Gebäude ein paar Meter weiter. Zuletzt war es von der Deutschen Arbeitsfront (DAF) genutzt worden, eine der zahlreichen faschistischen Organisationszentralen. Schreibtische und Schreibmaschinen waren vorhanden, auch das begehrte Schreibpapier lag noch in den Regalen. Und schon ging's los. Innerhalb weniger Tage zeigte sich, dass die KGF weder ein Phantom noch ein Zwei-Personen-Verein war.

Bereits am 30. April bekamen die Militärs den Entwurf eines Sofortprogramms überreicht. Noch in der gleichen Woche, am 3. Mai, trafen sich rund 20 Vertreter von Parteien, Gewerkschaften und anderen Organisationen, die allesamt 1933 verboten worden waren. Es erschienen Leute, die bei den Kommunisten beheimatet gewesen waren, andere, die sich nach wie vor der SPD zugehörig fühlten. Und es kamen einige, die sich zu Ende der Weimarer Republik von den großen Arbeiterparteien abgewandt und in kleineren sozialistischen oder pazifistischen Gruppierungen engagiert hatten. Angehörige der sogenannten bürgerlichen Mitte waren am 3. Mai anscheinend nicht anwesend, und auch danach sollen sie an Mit- oder wenigstens Zusammenarbeit geringes Interesse gezeigt haben. Die Anwesenden verabschiedeten das Sofortprogramm, wählten einen Vorstand und vollzogen die offizielle Gründung. Die neue parteiunabhängige Organisation erhielt den Namen, der in ihren Kreisen schon seit längerem kursierte. Und bereits am 6. Mai lag die erste Zeitungsausgabe der Kampfgemeinschaft vor. Fünf DIN A4-Seiten, schlecht, doch lesbar gedruckt auf der Rückseite erbeuteter DAF-Briefbögen. Wer die Seiten umdrehte, erblickte das verhasste Hakenkreuz, das musste in Kauf genommen werden. „Der Aufbau“, so der Name der Zeitung, war die erste freie Presse in Bremen nach dem Ende der NS-Diktatur. Elf Ausgaben waren ihm vergönnt, jede brachte es höchstens auf ein paar Hundert Exemplare. Da das KGF-Organ jedoch in Betrieben ausgehängt und so mancher Artikel handschriftlich vervielfältigt wurde, stellte es für die nächsten Monate ein wichtiges Medium dar.

Der Zulauf zur KGF überstieg schnell alle Erwartungen. Ende Juli seien es an die 8.000 Menschen gewesen, die sich ihr anschlossen hatten, entweder als formell aufgenommene Mitglieder oder als Unterstützer. Ortsgruppen entstanden, die meisten in Bremen, auch in Bremerhaven, Delmenhorst und in anderen benachbarten Orten. Eine Quelle spricht sogar von circa 10.000 Mitgliedern zu Ende des Jahres 1945. Wahrscheinlich etwas übertrieben, urteilt der Historiker Peter Brandt, der sich als einer der ersten mit der Geschichte der KGF beschäftigt hat. Auch wenn seine Wertung zuträfe, bleibt es erstaunlich, dass sich Menschen gleich nach dem Zusammenbruch des Faschismus überhaupt politisch engagierten. Kontrastiert dies doch mit den bekannten Erzählungen der frühen Nachkriegszeit. Zerstörte Wohnungen, zerrissene Familien, Hunger, Hoffnungslosigkeit, Resignation. So wahr dies alles ist, gab es doch auch politisch Verfolgte, die die Jahre des Terrors überlebt und weder ihre politische Überzeugung noch den Willen zur Veränderung verloren hatten. Laut Peter

Brandt hätten allein sechs Personen des etwa zehnköpfigen KGF-Vorstandes insgesamt 30 Jahre in Haft zugebracht. Alle, die Widerstand geleistet oder nur daran gedacht hatten, waren 12 Jahre lang zum „Krieg im Dunkeln“ gezwungen gewesen, so schilderte es Hermann Lücke (Angehöriger des Vorstandes, in der NS-Zeit anderthalb Jahre in Haft, später SPD-Abgeordneter in der Bremer Bürgerschaft). Man habe gelitten, aber auch gelernt, heißt es in Lückes Text, veröffentlicht in der Juli-Ausgabe des „Aufbaus“. Gemeint waren die Männer und Frauen, die sich vor 1933 größtenteils im linken Spektrum bewegt, sich untereinander gestritten und bekämpft, aber durch die leidvollen Erfahrungen der NS-Zeit wieder zusammengefunden hatten. Ab 1944, das Hoffen auf ein Ende des Krieges schien realistischer zu werden, gelang es, größere illegale Treffen zu organisieren. Man bereitete sich im Geheimen, aber nun gezielt auf Zusammenbruch und demokratischen Neuanfang vor – und war handlungsfähig, als es soweit war.

Auch das der Militärregierung übergebene KGF-Sofortprogramm, erstmals veröffentlicht in der Nr. 1 des „Aufbaus“, war schon Wochen vor der Eroberung Bremens geschrieben worden, unter Druck, ohne die Möglichkeit ausführlicher Diskussionen. Man sei sich *„der Mängel und der Unvollständigkeit wohl bewusst“*, so die Autoren. Eine deutliche Aufforderung zum Anpacken war es allemal: *„Sofortige Instandsetzung der Gas-, Wasser- und Stromversorgung durch Einsatz aller erforderlichen und geeigneten Arbeitskräfte“*, rasche Verbesserung der Ernährungssituation, Wiederherstellung der öffentlichen Verkehrsmittel, das waren einige der dringendsten Maßnahmen. Und natürlich die Linderung der Wohnungsnot, Bremen zeigte sich in weiten Teilen als unbewohnbare Steinwüste. Also wurde nicht nur die sofortige Nutzung von Baracken, Kasernen und Verwaltungsgebäuden gefordert, auch die *„Beschlagnahme aller Wohnungen von Amtsträgern der NSDAP und aller sonst für die nationalsozialistische Politik tätigen Personen“*. Vorherrschend waren indes die weitreichenderen politischen Forderungen. So schnell wie möglich demokratische Verhältnisse, also die Wiederherstellung der Grundrechte, Freilassung aller politischen Gefangenen und die Liquidierung der NSDAP und ihrer Gliederungen, das waren für die KGF unantastbare Selbstverständlichkeiten. *„Wir haben keine Wahl. Wenn wir leben wollen, so müssen die Trümmer beiseite geräumt, muss mit dem Aufbau begonnen werden.“* Zerstört waren jedoch nicht nur Häuser und Fabriken, auch das freie Denken und Handeln war von der NS-Diktatur zerschlagen worden. So sah es Hans Hackmack (SPD-Mitglied, er hatte Zuchthaus und KZ überlebt). Im Juni war im „Aufbau“ sein leidenschaftliches Plädoyer für eine unabhängige, jegliches Nazitum bekämpfende Presse zu lesen: *„Nicht nur die ruinenumsäumten Straßen unserer Städte, auch die Gehirne von Millionen irregeleiteter Menschen müssen vom Schutt befreit werden“*.

Alle Veröffentlichungen und erst recht alle weiteren Aktivitäten der KGF standen unter Beobachtung der Militärregierung. Kein Problem, die Kampfgemeinschaft sei ja bestrebt, *„in engster Zusammenarbeit mit der amerikanischen Besatzungsbehörde“* zu agieren. Dies versprach Alfred Nawrath in derselben „Aufbau“-Ausgabe. Was wohl etwas zu voreilig war. Dr. Nawrath war der offizielle Präsident der KGF und von der Militärregierung de facto als solcher eingesetzt worden. Er gehörte zu den ersten Bremer Lehrern, die aus politischen Gründen 1933 entlassen worden waren. Ein parteiloser Antifaschist, der auf seine Individualität Wert legte. Doch es fehlte ihm die Nähe zum linken Widerstand. Die Unbedingtheit vieler KGF-ler, ihr politisches Denken waren ihm fremd. Dass ihm trotz Präsidentenamt lediglich die Rolle einer Randfigur zufiel, zeigte sich insbesondere bei den Auseinandersetzungen zwischen den Aktivisten und den Militärs. Und die blieben nicht aus. Schließlich waren politische Parteien noch verboten, streng genommen auch alle Organisationen, die sich antifaschistisch verstanden. Eine eindeutige Zulassung konnte die KGF nicht erwarten, im Großen und Ganzen wurde sie nur geduldet, bestenfalls punktuell unterstützt. Zeitweilig sah sie sich mit Auflagen konfrontiert, die ihre gesamte Arbeitsfähigkeit in Frage stellten. Die Büroräume, die man in den ersten Nachkriegstagen mehr oder weniger eigenmächtig requiriert hatte, wurden

wieder entzogen. Und auch die Patrouillengänge von Antifaschisten, ausgewiesen durch Armbinden, etwa um Plünderungen zu verhindern, fanden schnell ihr Ende. In Sachen Gewaltmonopol ließ die Militärregierung nicht mit sich verhandeln.

Wenn die Mitarbeit der KGF ausdrücklich gefragt war, dann beim Aufspüren von untergetauchten Nationalsozialisten und der Identifizierung von belasteten Personen. Was der KGF durchaus entgegenkam. Die Zerschlagung der NSDAP ohne Ausschaltung und Bestrafung der Täter inklusive aller Mitläufer wäre für sie höchstens eine halbe Sache gewesen. Im Übrigen zeigte diese Kooperation eine positive Kollateralwirkung, ließ sie doch bei der KGF das Vertrauen in einen – erst in Ansätzen sichtbaren – Rechtsstaat erkennen und trug so möglicherweise dazu bei, individuelle Racheakte zu verhindern. Der martialische Tonfall, der in ihrem April-Flugblatttext noch durchklang, tauchte in weiteren Veröffentlichungen nicht mehr auf. Als der ehemalige Polizeipräsident und SS-Mann Johannes Schroers am 26. April völlig überraschend zum Regierenden Bürgermeister ernannt wurde, hatte die KGF jedoch kaum Zeit zum Formulieren eines Protests – so schnell war der Mann wieder weg vom Rathausfenster. Die Briten hatten ihren Fehler eingesehen und schickten Schroers nach nur vier Tagen ins Internierungslager. Sein Nachfolger, Erich Vagts, hielt sich etwas länger – und geriet schnell unter Beschuss der KGF. Vagts (1936 bis 1945 Vertreter des Bremer NS-Senats beim Reich) hatte auf Vorschlag der Handelskammer angeordnet, den Kündigungsschutz wieder aufzuheben. Das wurde recht bald revidiert, Vagts am 30. Juli entlassen und ebenfalls erst mal interniert.

Der Nächste an der Spitze des Bremer Staates: Wilhelm Kaisen, Sozialdemokrat, in den Reihen der KGF kein Unbekannter. Häufig nahm er an ihren Versammlungen teil, galt als Mitglied. Sein erster Senat, weiterhin von Ernennung und Duldung der Militärregierung abhängig, brachte zudem Menschen in führende Positionen, die in der KGF noch erheblich größeres Ansehen genossen. Adolf Ehlers und Hermann Wolters zum Beispiel, mittlerweile Mitglieder des KGF-Vorstands und nun Senatoren. (Beide wechselten im Mai 1946 zur SPD.) Und dann war da [Käthe Popall](#). 1935 als kommunistische Widerstandskämpferin verhaftet, war sie erst im Mai 1945 aus dem Zuchthaus befreit worden. Sie schlug sich nach Bremen durch, unterstützte die Arbeit der KGF, soweit es ihre Kraft zuließ, und nahm dann die Ernennung zur Gesundheitssenatorin an. Käthe Popall – die erste Senatorin in der bremischen Geschichte. Oder Emil Theil, Sozialdemokrat, auch er hatte mehrere Jahre in Gefängnissen und Konzentrationslagern gelitten. Und auch er avancierte als Mitglied des KGF-Vorstands zum Senator, zuständig für das Bauwesen. Wolters, Popall und Theil hatten sogar schon im Vagts-Senat gesessen, der aber eben nur ein kurzlebiger Versuch gewesen war. Nicht zu vergessen: Im September erschien erstmals der „Weser-Kurier“, der „Aufbau“ begrüßte ihn als „seinen größeren Bruder“: „Möge er die Fahne vorantragen im Kampf um die Gestaltung einer besseren und freien Zukunft.“ Verständlich diese Worte, der Lizenzträger und Herausgeber hieß Hans Hackmack, auf jeden Fall ein Sympathisant der KGF. Es schien so, als ob die Kampfgemeinschaft im ersten Nachkriegssommer zu einem Höhenflug startete. Leute aus ihren Reihen saßen jetzt an bedeutenden Schaltstellen.

Doch nur ein paar Monate später – folgte die Auflösung der Kampfgemeinschaft. Hatte die unterschiedliche politische Herkunft die alten Streitereien wieder aufbrechen lassen? Gab es unüberbrückbare Vorstellungen vom konkreten Vorgehen? Es war zwar kein Geheimnis, dass sich so mancher Aktivist eine offensivere Vorgehensweise wünschte, etwa bei der Umverteilung von Wohnraum. Dies mag zu internen Diskussionen geführt haben, ließ aber weder Abgrenzungen oder gar Bruchlinien zutage treten. Den meisten war halt bewusst, dass der politische Neuanfang unter äußerst komplizierten Bedingungen stattfand.

Doch die Bedingungen besserten sich, und das Ende der KGF hatte wesentlich damit zu tun. Die Militärregierung hatte es ja nicht nur über sich gebracht – wenn auch erst im dritten Anlauf –, einen Sozialdemokraten zum Präsidenten des Senats zu ernennen. Sie hatte auch noch dafür gesorgt, dass neben Wilhelm Kaisen Leute saßen, die sie, die für Ruhe und Ordnung zuständige Besatzungsmacht, eigentlich für erheblich radikaler halten musste. Im Oktober dann gar die Wiedezulassung von SPD und KPD. Gründungen neuer Parteien bahnten sich an, und recht schnell traten überregionale und nationale Gremien in Erscheinung. Auch die ersten Gewerkschaftsverbände wurden legalisiert. Es war ein Wiederaufleben des traditionellen Partei- und Organisationswesens. Und die alten Strukturen entfachten neue Anziehungskraft. Warum sollte die KGF sich dem widersetzen? Sie begrüßte die Entwicklung, handelte es sich doch um einen Reaktivierungsprozess, an dem sie von Anfang an mitgewirkt hat. Sie war sogar so optimistisch zu glauben, ihre Sammlungsbewegung – selbstorganisiert und basisdemokratisch – könnte auf die linken Traditionsparteien abfärben. Sie könnte auch die großen Parteien ermuntern, sich zu vereinen. Auf der KGF-Abschlussstagung am 16. Dezember 1945 wurde dies auch einstimmig gefordert: die Bildung einer sozialistischen Einheitspartei. Man hoffte auf das einigende Band des Antifaschismus. Der hatte die KGF zusammengeschmiedet, und er würde, nach ihrer Meinung, auch in Zukunft höchste Priorität haben müssen. Jetzt und auch weiterhin ginge es darum, mit den Auswirkungen des niedergekämpften Faschismus fertig zu werden und das Aufkommen eines neuen zu verhindern.

„Überall, wo sich reaktionäre Strömungen bemerkbar machen, werden sie auf unseren wachen Widerstand stoßen. Staat und Gesellschaft müssen mit wahrhaft sozialem und demokratischem Geist erfüllt werden.“ Worte, mit denen der KGF-Vorstand als solcher von der politischen Bühne abtrat. Zeitlose Worte, 80 Jahre später von ungetrübter Aktualität.

Helmut Dachale

Benutzte und weiterführende Literatur:

- Peter Brandt, Antifaschismus und Arbeiterbewegung, Aufbau – Ausprägung – Politik in Bremen 1945/46, Hamburg 1976
- Gemeinsam begann es 1945, „Der Aufbau“ schrieb das erste Kapitel, Ffm 1978
- Herbert Schwarzwälder, Geschichte der Freien Hansestadt Bremen IV, Bremen 1995
- Hartmut Müller / Günther Rohdenburg (Hg.), Kriegsende in Bremen, Erinnerungen, Berichte, Dokumente, Bremen 1995
- Helmut Dachale / Carsten Momsen, Als Opfer zu Tätern wurden, Bremen 2019
- Harald Jähner, Wolfszeit, Deutschland und die Deutschen 1945 – 1955, Hamburg 2020